

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Interpellation von Christine Mangold, FDP-Fraktion: Verschiebung Einführung Sprachenkonzept - welche Strategie steht dahinter?**

**Autor/in:** [Christine Mangold](#)

**Mitunterzeichnet von:** --

**Eingereicht am:** 29. Oktober 2009

**Bemerkungen:** Als dringlich eingereicht  
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Der Regierungsrat führte eine Vernehmlassung zur Landratsvorlage betr. Verpflichtungskredit für die Einführung von Französisch ab 3.Klasse und von Englisch ab 5. Klassen an der Primarschule durch. Die Landratsvorlage umfasst ein Kreditbegehren von 17.16 Mio für die Einführung des Gesamtsprachenkonzepts an der obligatorischen Schule, das auf dem HarmoS-Konkordat und auf der regierungsrätlichen Vereinbarung der Kantone BE, BL, BS FR, SO und VS (Passepartout-Vereinbarung) beruht.

Den Medien ist nun zu entnehmen, dass der Regierungsrat die Vorlage an die BKSD zurückgewiesen hat mit dem Auftrag, die auf 2012 in Aussicht genommene Einführung des Sprachenkonzepts zu verschieben und den dafür erforderlichen Beschluss des Bildungsrates zu erwirken.

Hierzu bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat grundsätzlich gegen die Umsetzung des Sprachenkonzepts?
2. Sieht der Regierungsrat die Grundlage für die Einführung des Sprachenkonzepts im Beitritt zum HarmoS-Konkordat oder im Projekt Passepartout?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Landratsvorlage Verpflichtungskredit für die Einführung von Französisch ab 3. Klasse von Englisch ab 5.Klasse erst zur Behandlung gelangen soll, wenn sich der Kanton BL für einen Beitritt zum HarmoS-Konkordat ausgesprochen hat?
4. Will der Regierungsrat bei einem Nein zum HarmoS-Konkordat auf den Beschluss zur Einführung des Sprachenkonzeptes mit Französisch ab dem 3. Schuljahr und Englisch ab dem 5. Schuljahr zurückkommen.
5. Zur Zeit befinden sich Lehrerinnen und Lehrer bereits in der Weiterbildung. Wie gedenkt der Regierungsrat betr. Weiterbildung der Lehrkräfte weiter vorzugehen?